

Mühleberg

stilllegen!

AKTION MÜHLEBERG STILLEGEN
C/O GAB, POSTFACH 4050
3001 BERN

Informationen zu Mühleberg

FUER DIE SOFORTIGE STILLEGUNG DES AKW MUEHLEBERG
ALS ZENTRALE FORDERUNG DER ANTI-AKW-BEWEGUNG IN DER SCHWEIZ

EINLEITUNG

Der Unfall von Tschernobyl hat auch bei uns einiges verändert: Der Mythos der Sicherheit, den die Atomenergie trotz allen Unfällen und Pannen in weiten Teilen der Bevölkerung hatte, ist massiv angeschlagen. Sogar Politiker waren gezwungen, mit markigen Worten den 'Volkszorn' zu besänftigen, und vielleicht haben einige sogar wirklich ihre Meinung geändert.

Der Unfall, vor dem wir AKW-Gegner immer gewarnt hatten, den wir aber im Grunde selbst oft nicht wirklich für möglich hielten, ist eingetroffen, hat uns das gigantische Vernichtungspotential dieser Energie drastisch vor Augen geführt und unsere Vorstellungen vom GAU in vielem (z.B. die Verbreitung der radioaktiven Wolke) übertroffen.

Nach dieser Erfahrung weiter lediglich den Verzicht auf weitere AKW zu fordern, ist nicht mehr möglich, wenn wir vor uns und vor der Bevölkerung glaubwürdig bleiben oder werden wollen. Es würde heissen, die tödliche Bedrohung, die von den bestehenden Werken ausgeht zu akzeptieren.

Aber auch politisch ist die Forderung nach dem Verzicht auf Kaiseraugst und Graben nicht mehr ausreichend. Wir stellen heute fest, dass die Befürworter der Atomkraft in der Defensive sind. Rechtfertigungen und Ausreden sind Trumpf. Vom Ausbau der Atomkraft wird kaum mehr laut gesprochen, dagegen ist vom 'Nachrüsten' der alten Werke und vom Endlagern des Atom Mülls die Rede. (Damit soll geschickt über die Sicherheitsfrage die Verlängerung des Betriebs auch über die Lebensdauer der bestehenden Werke hinaus erzwungen werden).

Es ist also sowohl von der Glaubwürdigkeit der Anti-AKW-Bewegung her, als auch aus praktisch-politischen Ueberlegungen nötig, einen Schritt vorwärts zu tun und die Abschaltung bestehender Werke zu fordern und durchzusetzen.

Warum gerade Mühleberg?

Dass wir dafür plädieren, die Forderung nach der sofortigen Stilllegung des AKW Mühleberg ins Zentrum der schweizerischen Anti-AKW-Bewegung zu rücken, hat nicht lokalpatriotische, sondern in Kürze folgende Gründe:

Sicherheit

- Das AKW-Mühleberg ist alt. Es leidet an allgemeinen Alterserscheinungen, insbesondere an Versprödung der Materialien, welche durch die radiaktive Strahlung verursacht wird.
- Es ist ein Siedewasserreaktor der ersten Generation, mit den entsprechenden schweren sicherheitstechnischen Unzulänglichkeiten.
- Mühleberg hat sich in der letzten Zeit als pannen anfällig erwiesen (Filterpanne).
- Auf Grund der offensichtlichen Sicherheitsmängel soll das Werk auf Anordnung der Behörden hin für 106 Mio. Fr. nachgerüstet werden.

Politik

Die politischen Kräfteverhältnisse in Region und Kanton Bern sind für uns nicht ungünstig:

- Es besteht eine recht lange Tradition der Anti-AKW-Bewegung, die nach Tschernobyl u.a. mit der Bildung der 'Aktion Mühleberg stillegen' (Amüs) neuen Aufwind erhalten hat.
- Das Kantonsparlament hat den Verzicht auf Graben und die Prüfung des Ausstiegs beschlossen (natürlich nur unter der Bedingung, dass die bernische Wirtschaft nicht darunter leidet). Selbstverständlich müssen wir uns bewusst sein, dass nur eine starke Bewegung das Parlament und die sog. 'rot-grüne Mehrheit' in der Regierung dazu zwingen kann, ihre Versprechen und Möglichkeiten auch in Tat umzusetzen. Vertrauen ist nicht am Platz.
- Die BKW als alleinige Betreiberin des AKW's ist, obwohl privatwirtschaftlich organisiert, im Besitz des Berner Volkes und kann via Aktionärsversammlung gezwungen werden, Mühleberg abzuschalten. Zudem ist der Ruf der BKW nicht erst seit der Parteispenden-Affäre angeschlagen.

Technik

Mühleberg kann ohne Folgen für die Stromversorgung der Schweiz von heute auf morgen abgeschaltet werden (Jährlich wird das 2-3-fache der Jahresproduktion Mühlebergs netto exportiert).

Mit diesem Argument ist es möglich, die fruchtlose technische Diskussion über Strombedarf und Notwendigkeit von AKW zu unterlaufen und am konkreten Beispiel gegen das Abwälzen der Folgen einer Stilllegung auf den Buckel des Volkes zu kämpfen.

Die Kombination all dieser Faktoren macht Mühleberg unseres Erachtens zur Achillesferse der Schweizer Atomwirtschaft. Mit der Konzentration unserer Kräfte auf Mühleberg haben wir eine Chance, erstmals in die Offensive zu gehen und auch zu gewinnen. Bisher stand eindeutig Kaiseraugst im Zentrum der Bewegung. Dies hat den Kampf gegen Graben, Gösgen, die Nagra etc. nicht behindert, sondern gefördert und unterstützt. In diesem Sinn wollen wir den Kampf gegen Mühleberg nicht auf Kosten anderer Kämpfe ins Zentrum rücken.

SICHERHEIT

In Mühleberg steht ein Schrottreaktor!

Seit Ende 1972 im Betrieb, sind wesentliche Teile des AKW Mühleberg durch die radioaktive Belastung, welche die Materialstruktur der Baustoffe zersetzt, stark angeschlagen. Dies haben die 16 mm tiefen Haarrisse in den 20 mm dicken Rohrwänden der Umwälzschleife gezeigt. Mit zunehmender Betriebsdauer erhöht sich das Risiko von Materialdefekten, das Unfallrisiko steigt also. Mühleberg ist altersschwach.

Die Gefährlichkeit des Reaktortyps

In Mühleberg steht ein Reaktor, der eigentlich gar nicht betrieben werden dürfte. Der umfangreiche Bericht in der WOZ vom 13.2.1987 legt es an den Tag: Reaktor vom Typ wie er in Mühleberg steht (Siedewasserreaktor Mark I von General Electric) sind in ihrer Grundkonzeption (Druckunterdrückungscontainment) äusserst unsicher. Interne Papiere der US-Atomenergiebehörde (AEC) von Steven Hanauer (1972) zeigen die Gefährlichkeit dieses Reaktorsystems klar auf und verlangten ein Verbot. Tests, Berechnungen und Untersuchungen an später entwickelten Reaktorsystemen (Mark III GE) zeigen auf, dass die Sicherheitsnormen der Mark I-Reaktoren den Bestimmungen der

US-Behörde für Reaktorsicherheit (NRC) nicht entsprechen. Mit Rücksicht auf die Atomwirtschaft wurden die Fakten aber schubladisiert und das Verbot unter den Tisch gewischt.

Das Containment des Mühlebergreaktors kann also selbst bei einem Auslegungsstörfall (=Unfall, der selbst im Konzept der Atomindustrie als möglich erachtet wird) wegen der Unzuverlässigkeit der Druckabbausystems bersten. Was das bedeutet, hat Tschernobyl gezeigt.

Pikantes Detail: Beide Reaktoren (Mühleberg und Tschernobyl) arbeiten, bei aller Unterschiedlichkeit, nach dem gleichen Prinzip des Druckabbaus (Dampf soll in einem Wasserbecken kondensieren). Unter anderem hat aber in Tschernobyl genau dieses System versagt. (Vgl. Broschüre 'Von der Atomruine zum Atomruin / Hrsg.: 'Aktion Mühleberg stilllegen', und 'Technische Rundschau' 48/1986).

● SUSAN Sicherheit

Die Betreiber des AKW Mühleberg haben die Konsequenzen aus der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gezogen, ganz radikal: Sie machen weiter wie zuvor, als sei nichts geschehen. An Aufhören, Stilllegen denken sie nicht im geringsten; im Gegenteil: Sie rüsten nach, richten sich ein für einen Weiterbetrieb über Jahrzehnte hinweg. Kaum haben sie von Haarrissen angefressene Rohre im strahlenden Herz ihrer Maschine ausgewechselt, warten sie mit einem neuen "Sicherheitssystem" auf. SUSAN - so heisst das Wunderding - soll den Reaktor auch dann noch vollautomatisch kühlen, wenn die anderen Kühlsysteme, etwa im Fall eines Erdbebens oder von Flugzeugabstürzen auf das Reaktorgebäude, ausgestiegen sind. Bereits wurde mit dem Aushub für den SUSAN-Bunker begonnen. Mit Investitionen von 106 Mio. Fr. (heutiger Wert des AKW's: 128 Mio. Fr.) demonstrieren die AKW-Betreiber, welch ein unsicheres Werk sie bisher betrieben haben (warum sonst müssen nach fast zwanzig Betriebsjahren durch Nachrüstung Gefahrenquellen beseitigt werden?) und in welche Richtung ihre Propagandamaschine nach der Katastrophe im fernen Russland laufen soll (mehr 'Sicherheit' als Alternative zur Stilllegung). Also doch eine Reaktion auf Tschernobyl? Nein, denn erstens wurde die SUSAN-Nachrüstung schon lange vor dem Aufsteigen der Tschernobyl-Wolke zwischen Behörden und Betreibern ausgehandelt - als Bedingung für eine Verlängerung der Betriebsbewilligung über 1991 hinaus, und zweitens wäre SUSAN bei einem Unfall vom Ausmass desjenigen in Tschernobyl einen alten Hut wert. Da sind die 106 Mio. Fr. für SUSAN doch eher für die Sicherheit der BKW zum Weiterbetreiben und/oder für ein Mühleberg II gedacht.

Wir wollen deshalb nicht tatenlos zusehen, wie die AKW-Betreiber neue Sicherheits-Illusionen aufbauen. Mühleberg stilllegen heisst auch SUSAN verhindern.

● Die Filterpanne in Mühleberg

Kaum war letzten Herbst die Radioaktivität in der Luft etwas abgeklungen, gelang es den Mühleberg-Betreibern, die Diskussion um das heisse Thema wieder anzuhetzen: Am 11. September entwich ihnen beim Zentrifugieren von Filterharzen, die zuvor zur Reinigung des Reaktorwassers gedient hatten, durch defekte Filter über den Kamin grössere Mengen radioaktiven Staubes. Sie merkten davon anfänglich angeblich überhaupt nichts. Nur die Kommission zur Ueberwachung der Radioaktivität (KUER) war zufällig am gleichen Tag mit Messungen im Gelände beschäftigt und notierte erhöhte Werte für radioaktives Kobalt. Sie teilte es dem Werk mit, und fünf Tage später entdeckte ein Angestellter das Leck im Abluftsystem. Wie immer bei Atomunfällen waren auch hier die Defekte gleich in Serie aufgetreten, was einmal mehr die ganze Sicherheitsphilosophie ins rechte Licht rückt.

Doch durch ein Informationsleck gelangte die Meldung am 26. September in die "Freiburger Nachrichten". Trotzdem, dass die Messstationen der KUER im Gelände seit dem 11. September eine überaus deutliche Erhöhung der Radioaktivität registriert hatten, beschwichtigten die AKW-Betreiber, es sei alles ganz harmlos und nichts in die Umgebung gelangt. Die KUER hielt es nicht für nötig zu dementieren. Pech für beide, dass ihnen der Physiker André Masson schon seit Jahren misstraut und eigene Messgeräte installiert hatte. Seine Messungen förderten das Ausmass der Filterpanne an den Tag. In der näheren Umgebung des AKW's waren die Radioaktivitätswerte in der Luft wieder etwa bis zur Tschernobyl-Spitze angestiegen, im Gegensatz zu Tschernobyl aber blieben sie über Monate oben. Die KUER errechnete, dass der

Radioaktivitätsausstoss etwa 60% des erlaubten Maximalwertes ausmachte, bei dessen Ueberschreitung das AKW hätte abgestellt werden müssen. Milch- und Gemüseproben, die im Oktober analysiert wurden, zeigten erhöhte Cäsium-Werte, aber noch innerhalb des Erlaubten.

Die Aufsichtsbehörde, die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen hatte den Unfall verschlafen. Ihre Messstation am Kamin hat vom vorbeiströmenden radioaktiven Staub nichts mitgekriegt. Die BKW hat vorerst versucht, alles zu vertuschen. Alsdann verstrickte sie sich in heillose Widersprüche. Ihre Messangaben wurden von Tag zu Tag korrigiert; erst war nur von Kobalt die Rede, dann plötzlich auch von Cäsium. Auch das Märchen von der alleinigen Verstrahlung des Vorplatzes konnte nicht aufrechterhalten werden. In einem weiteren Schritt organisierte die BKW ein paar Veranstaltungen in der Umgebung, die aber lediglich zu Propagandazwecken gebraucht wurden, und jetzt schweigt die BKW wieder.

POLITISCHES KRAEFTEVERHAELTNIS

Atompolitik der BKW

Die Bernische Kraftwerke AG (BKW) ist neben dem Elektrizitätswerk der Stadt Bern das Elektromonopol des Kantons. Sie gehört zu den zehn Grossen der Schweiz, welche 70% der Stromproduktion kontrollieren, sowie den Verkehr mit dem Ausland und die wichtigsten Hochspannungsleitungen beherrschen. Das Werk ist extrem auf ausserkantonale Werke und das Ausland ausgerichtet. So sind die BKW beispielsweise an Gösgen, Leibstadt, Fessenheim (FR) und Cattenom (FR) beteiligt.

Die Strompolitik ist wie in der gesamten Schweiz rein absatzorientiert. So wurden in den letzten zehn Jahren übermässig Elektroheizungen propagiert; das hat sogar dazu geführt, dass die BKW heute diesen Markt drosseln wollen, da in vielen Regionen in der Nacht mehr Strom verbraucht wird als tagsüber.

Parallel zu anderen Werken haben die BKW versucht, mit Fernheiznetzen in den Wärmemarkt einzudringen. Das wäre für sie ein geeignetes Mittel, regional auch in diesem Sektor eine Monopolstellung zu erlangen (und den 'Nachweis' für ein Mühleberg II oder ein anderes thermisches Kraftwerk zu erbringen). Das grössere Projekt für Bern-West und umliegende Gemeinden wurde jedoch vom stadtbernischen Parlament vorderhand zu Fall gebracht. Trotzdem wird jetzt ein Nahfernwärmeanschluss für eine betriebseigene Siedlung gebaut.

Wer kann Mühleberg stilllegen?

Das AKW-Mühleberg ist vollständig im Besitz der BKW, deren Aktien zu über 70% dem Kanton gehören. Bei der gegenwärtigen Rechtslage haben weder das Berner Volk noch der Grosse Rat (Parlament) Einfluss auf die Politik der BKW. Laut dem 1980 erschienenen Bericht einer kantonalen Kommission, die das Verhältnis des Kantons zu gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen untersuchte, vertritt der Regierungsrat die kantonale Aktienmehrheit in der Generalversammlung der BKW. Die 'rot-grüne' Mehrheit der Kantonsregierung könnte die Stilllegung des AKW-Mühleberg erzwingen, indem sie zum Beispiel an einer ausserordentlichen Generalversammlung Mühleberg-Gegner in den Verwaltungsrat der BKW wählt. Die Kantonsregierung hat jedoch letzten Herbst nicht nur die Abschaltung dieses Schrottreaktors abgelehnt, sondern bis jetzt auch die extrem atomfreundliche BKW-Führung in Amt und Würden belassen. (Die Bundesbehörden gestatten den Weiterbetrieb von Mühleberg andererseits nur, wenn das über 100 Mio. Fr. teure 'Sicherheitssystem' SUSAN bis anfangs der neunziger Jahre eingebaut ist.) Falls die SPS und die GPS die nationale Demonstration und damit die Forderung "Mühleberg stilllegen statt nachrüsten!" unterstützen, wären sie wenigstens moralisch verpflichtet, auf ihre VertreterInnen in der Berner Regierung Druck auszuüben, damit diese den Bau von SUSAN stoppen und so eine zumindest baldige Stilllegung des Schrottreaktors ermöglichen.

● Die Stimmung in der Umgebung des AKW's

Mit Tschernobyl und der Filterpanne ist auch für viele Menschen in Mühleberg das Mass bald voll. Das AKW, der einstige Stolz der Gemeinde, ist ihnen zunehmend eine lästige Bedrohung. Aber diese loszuwerden, oder schon nur sich öffentlich für deren Beseitigung auszusprechen, ist alles andere als einfach. In der Gemeinde wohnen viele AKW-Angestellte, die keinerlei Kritik an 'ihrem' Werk gelten lassen wollen - wer kann es riskieren, mit ihnen zu brechen? Dann ist die BKW Besitzerin riesiger Landstriche und einiger Bauerngüter um das Werk herum. Fast alle Bauern der Umgebung haben von ihr Land gepachtet und wagen nicht, durch Opposition gegen die atomare Bedrohung vor der Haustüre ihren Pachtvertrag aufs Spiel zu setzen. Auch sonst erweisen sich die BKW öfters als grosszügig, etwa indem sie im Winter private Zufahrtswege vom Schnee befreien. Der Gemeinderat wird jeweils einmal jährlich zum fürstlichen Essen ins AKW geladen und anschliessend über etwaige besondere Vorkommnisse informiert. Trotz bei diesen Anlässen ab und zu geäusserten Bedenken verhält er sich der BKW gegenüber äusserst loyal, hat ihr z.B. Gelegenheit gegeben, im Informationsblatt der Gemeinde und später an einem Informationsabend die Filterpanne herunterzuspielen, ohne das AKW-GegnerInnen entsprechend zu Wort gekommen wären.

● Die Opposition gegen das AKW-Mühleberg

Vor Tschernobyl erschöpfte sich die Tätigkeit der Berner Anti-AKW-Gruppen hauptsächlich im Kampf gegen das AKW Graben und in der Unterstützung der Nordwestschweiz gegen Kaiseraugst. Das AKW Mühleberg wurde nur sporadisch zum Thema. Der bisher grösste Erfolg war die Verhinderung eines an das AKW gekoppelten Fernheiznetzes für die Stadt Bern vor über einem Jahr, während der Kampf gegen die Verdreifachung des Zwischenlagers für schwach- und mittelaktive Abfälle scheiterte. Die sofortige Abschaltung von Mühleberg fordert seit Tschernobyl die 'Aktion Mühleberg stilllegen' (Amüs). Mit einer Lärmaktion (anlässlich der Wiederinbetriebnahme des Werkes im Sommer 1986), einer symbolischen Atommülldeponie vor dem Hauptgebäude der BKW und einer regionalen Demonstration, an der über tausend Leute teilnahmen, versuchte die 'Aktion Mühleberg stilllegen' dieser Forderung Nachdruck zu verschaffen. Daneben geben wir ein Info-Bulletin heraus, führen Informationsveranstaltungen durch und haben die Broschüre "Von der Atomruine zum Atomruin" verfasst. Eine weitere Broschüre zum Thema Energiepolitik wird demnächst erscheinen. Neben dem 'Amüs' wehren sich weitere Gruppen gegen den Weiterbetrieb des Schrottreaktors. So organisierten die Gewaltfreiheitsgruppe und autonome Kreise mehrere kleine und eine grosse Blockade: am 19. Dezember 1986 und am folgenden Morgen sperrten knapp hundert Leute die Zufahrtswege zum AKW. Um unser Ziel zu erreichen, sind wir in Zukunft vor allem auf massive Unterstützung aus der übrigen Schweiz angewiesen. Mühleberg geht nicht nur die BernerInnen an: dieses Atomkraftwerk ist die Achillesferse der hiesigen Atomwirtschaft; seine Stilllegung wäre ein erster Schritt zu einem atomfreien Schweiz.